

ARMUT REDUZIEREN. WÜRDE BEWAHREN

Mutiger Schritt statt Holzweg – Arbeit öffentlich fördern

Letzten Monat habe ich die 17. Maßnahme vom Jobcenter gekriegt!“ O-Ton im März 2015 eines Mitglieds vom hannöverschen „Arbeitskreis Arbeitslose Linden“, der sich in dieser NETZ auf Seite 4 vorstellt. Fazit: Der Mann ist immer noch langzeitarbeitslos. Die Kosten solcher Maßnahmen, zu denen schon mal das Spazierenführen von Lamas gehört, belaufen sich mitunter auf mehrere tausend Euro, so dass im zitierten Fall der Gegenwart einer Luxuslimousine zusammenkommen dürfte. Aber Hauptsache, die Teilnehmer solcher Integrationsflops verschwinden aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik. Einen positiven Aspekt hatte die ganze Geschichte doch noch: Angeregt vom offensichtlichen Zynismus dieses Maßnahmenkarussells, veranstaltete die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen gemeinsam mit Betroffenen am 16. April 2015 eine öffentliche satirische Aktion zum 10-jährigen Jubiläum von Hartz IV. Dabei wurde einem Erwerbslosen die silberne Ehrennadel für seine 25. sinnlose Maßnahme vom Jobcenter verliehen, bei der er acht Stunden am Tag Steine einen Berg hoch- und runterrollen lassen darf. Sisyphos lässt grüßen. Kern dieser Aktion mit der die Öffentlichkeit für das Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ sensibilisiert werden sollte: Hartz IV ist zu einem Synonym für Ausgrenzung und Armut geworden, eine nachhaltige Integration in Arbeit findet nicht statt, die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt. Es ist ein System, bei dem sich die Frage stellt: Wie hält es unsere Gesellschaft – eine der reichsten der Erde – angesichts des Skandals



Foto: Jens Schulze

Massenarmut mit dem zentralen Wertepaar „Arbeit und Würde“?

Mythos Jobwunder

Das deutsche Jobwunder ist ein Mythos, bei dem am erstaunlichsten ist, dass er sich so hartnäckig und flächendeckend hält. Fakt ist: Deutschland ist ein Billiglohnland, mit einer Niedriglohnquote wie etwa in Bulgarien, Slowenien oder Malta. Fast ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet für einen Stundenlohn von weniger als 9,50 Euro. Menschen sind gezwungen, Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Die Angst vor dem sozialen Absturz ist in der Mittelschicht angekommen, das erzeugt Angst und Aggression. Unsere Gesellschaft entwickelt sich auch immateriell immer weiter auseinander: Rassismus, Antisemitismus, Pegida-Wutbürger, teilweise desaströse Wahlbeteiligungen wie bei der Landtagswahl in Bremen am

10.05.2015: Der Restkitt, der unser Gemeinwesen noch zusammenhält, wird immer brüchiger.

Erwerbsarbeit ist die zentrale Anerkennungsmaschine unserer Gesellschaft, sie soll materielles Wohlergehen und individuelle Würde verschaffen. Wer von Arbeit ausgrenzt wird, trägt ein hohes Armutsrisiko, mit allen Konsequenzen. Beispiel: arme Männer sterben elf Jahre früher als ihre gutsituierten Geschlechtsgenossen (interessant: arme Frauen „nur“ sieben Jahre).

In Niedersachsen ist mittlerweile fast jeder Sechste arm. Laut Armutsbericht des Paritätischen lag die Armutsquote 2013 bei 16,1 %.

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause – ÖBS!

Stoßseufzer eines früheren Mitglieds vom Arbeitskreis Arbeitslose Linden, promovierter

Chemiker: „Wenn ich nur die Anschreiben meiner Bewerbungen auf eine Wäscheleine hängen würde, wäre die über 100 Meter lang.“ Er blickt auf eine Karriere von mehr als 500 erfolglosen Bewerbungen zurück. Birgit ben Rabah von der Erwerbsloseninitiative SONET machte in ihrer Rede bei der Aktion am 16.04. 2015 unmissverständlich klar: „Wir sind heute hier, um unsere Würde einzufordern.“

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen hat in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge zur Armutsbekämpfung unterbreitet, auch gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, Beispiele:

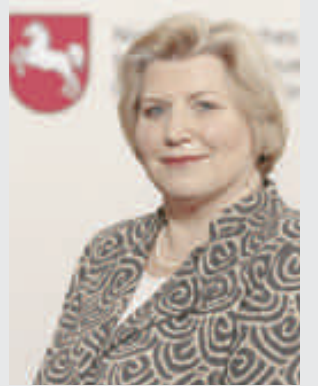
- guter und bezahlbarer Wohnraum für alle durch Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Öffentlicher Beschäftigungssektor ÖBS für Langzeitarbeitslose mit sozialversicherungspflichtigen, tariflich bezahlten Arbeitsverhältnissen auf freiwilliger Basis.

Dabei darf sich Missbrauch wie bei Ein-Euro-Jobs nicht wiederholen, wo staatlich geförderte Langzeitarbeitslose reguläre Jobs ersetzen.

Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ÖBS ist nicht der Königsweg zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung, aber ein mutiger Schritt weg vom bisherigen Hartz-IV-Holzweg „Fordern statt Fördern“. Dann könnte das Motto für viele Langzeitarbeitslose lauten, in Abwandlung eines alten Werbespruchs: Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause – ÖBS!

kdg

Grußwort der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Cornelia Rundt, für „NETZ – Niedersächsische Teilhabe-Zeitung“



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tag der Niedersachsen ist ein schöner Anlass, um gemeinsam zu feiern. Viel wichtiger ist aber, ihn zu nutzen, um gemeinsam zu diskutieren und gesellschaftliche Probleme anzusprechen. Zu den Problemen, die es anzusprechen gilt, gehört ohne Zweifel Armut. Ich finde es beschämend, dass in unserer reichen Gesellschaft zum Beispiel jedes 5. Kind unter Armut leidet. Bei der Diskussion über Armut geht es nicht allein darum, wie viel Geld jemand im Portmonee hat, es geht um Chancengleichheit, um Teilhabemöglichkeiten, und um Ausgrenzung und um die Möglichkeit, gesund aufzuwachsen und zu leben. Wie gehen wir mit Menschen um, die weniger haben als andere? Und was bedeutet es für die Würde der Betroffenen, auf Unterstützung angewiesen zu sein und – überspitzt formuliert – teilweise als Menschen zweiter Klasse angesprochen zu werden?

Armutsbekämpfung besitzt für die Landesregierung einen außerordentlich hohen Stellenwert. Ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt „Mitten drin! Jung und aktiv in Niedersachsen“, das wir im vergangenen Jahr zusammen mit dem Deutschen Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen, auf den Weg gebracht haben. Mit diesem Projekt, für das das Land insgesamt 1,2 Millionen Euro für 3 Jahre bereitstellt, unterstützen wir sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche durch neue Gruppenangebote vor Ort dabei, ihre eigenen Fähigkeiten und Kräfte zu entdecken und zu entwickeln.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen, ist die Situation der Flüchtlinge, die auf der Flucht vor Gewalt, Verfolgung und Hunger zu uns gekommen sind. Die zentrale Frage ist, wie wir diesen Menschen, die oft nicht einmal das Nötigste besitzen, Teilhabemöglichkeiten eröffnen können.

Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang den Mitgliedern der Landesarmutskonferenz (LAK), die sich engagiert und konstruktiv für die von Armut betroffenen Menschen einsetzen. Ihre Arbeit liefert wichtige Impulse für die Politik des Landes. Mit der Niedersächsischen Teilhabe-Zeitung, kurz NETZ, geben Sie den Betroffenen eine Stimme. Das ist wichtig. Bitte bleiben Sie auch künftig so engagiert. Wir brauchen Ihre Anregungen und Impulse. Ihre

Cornelia Rundt
Niedersächsische Ministerin
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Editorial

Über die NETZ

HEZ heißt jetzt NETZ! Und damit haben wir etwas getan, was man aus Marketingsicht auf keinen Fall machen sollte: Wir haben ein Produkt, die HEZ (Hannöversche Einheits-Zeitung) erfolgreich auf dem Markt eingeführt – und dann als Erstes seinen Namen geändert. Die zweite Ausgabe dieser Zeitung heißt NETZ – Niedersächsische Teilhabe-Zeitung. Die Erklärung ist kurz und erfreulich: Die HEZ sollte

ein einmaliges Projekt im Rahmen der Einheitsfeier 2014 in Hannover sein: ein zusätzliches Medium im Rahmen des bunten Programms mit dem Titel „Die Mauer muss weg!“ (mehr dazu auf Seite 8). Doch die Resonanz auf die HEZ war sehr positiv und so beschlossen wir (die Herausgeber): Das kann nicht das letzte Wort gewesen sein. Inzwischen nimmt die anfangs vage Hoffnung auf eine kontinuierliche Herausgabe konkrete Formen an.

Mit der NETZ sind wir beim diesjährigen Tag der Niedersachsen in Hildesheim im Zelt der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen vertreten

(mehr dazu auf Seite 3). Neben der Zeitung gibt es wieder eine Vielzahl von Aktionen, all das steht unter dem Motto: Wir engagieren uns für von Armut bedrohte Menschen! Denn sie brauchen dringend größere Chancen auf mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen. Uns gibt es natürlich auch im Internet: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de. Und wir sind an anderen NETZwerken interessiert, die sich mit dem Thema „Armut und Ausgrenzung“ beschäftigen.

Wer macht die NETZ?

Die Herausgeber Achim Beinsen, Klaus-Dieter Gleitze

(Vi.S.d.P.) und Hermann Sievers; alle drei haben Erfahrung in der Arbeit mit Erwerbslosen, in der prekären Kulturszene und im Zeitungsmachen. Die LAK Niedersachsen ist Mitherausgeberin der NETZ.

Wer bezahlt das Ganze?

Ohne die LAK-Mitglieder Caritas und Diakonie würde es diese Ausgabe nicht geben, sie haben maßgeblich zur Finanzierung beigetragen. Ver.di Niedersachsen, jüngstes Mitglied der Landesarmutskonferenz, ist beteiligt und die Geschäftsstelle der Landesarmutskonferenz, die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Freien Wohlfahrts-

pflege, hat diese Ausgabe auch unterstützt. Das Land Niedersachsen fördert die Landesarmutskonferenz seit 2014.

Eine bunte Gesellschaft also und noch bunter wird es bei den Autoren dieser Ausgabe: eine Betroffeneninitiative, der Arbeitskreis Arbeitslose Linden, stellt sich ebenso vor wie die Beratungsstelle Arbeitslosenselbsthilfe ASH Osnabrück. Die Nationale Armutskonferenz nak ist wieder dabei und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Hannover. Dazu gibt es Interviews, Neues vom Zeichner, Fotos und Gedichte. Außerdem: Bitte beachten Sie unsere Anzeigen.

Wo gibt es die NETZ?

Die NETZ wird verteilt über Verbände und Mitglieder der LAK, über Betroffene und deren Initiativen, in Stadtteilzentren, Jobcentern, Geschäften, bei interessierten Organisationen und natürlich am „Tag der Niedersachsen“.

Und ...

Die NETZ ist ein bundesweit einmaliges Projekt an der Schnittstelle zwischen Verbänden, Politik, Gesellschaft und – Betroffenen. Deren Akzeptanz der Zeitung hat uns sehr gefreut, die war nicht selbstverständlich. *kdg*

BETROFFENEN EINE STIMME GEBEN

Interview mit Dr. Christoph Künkel, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen und Dr. Hans-Jürgen Marcus, Caritasdirektor der Diözese Hildesheim

NETZ: Die Kirchen sind einerseits bei der Flüchtlingsproblematik in der Frage des Kirchenasyls im Konflikt mit dem Staat standhaft geblieben. Andererseits nehmen in unserer Gesellschaft Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus zu. Was unternehmen Caritas und Diakonie, um da gegenzusteuern?

Dr. Christoph Künkel: Aktive in Kirchengemeinden und Kirchenkreisen leisten Tolles für eine gelingende Willkommenskultur. Das ist die beste Maßnahme gegen Ängste, Vorurteile und Ausgrenzung. Wir sind froh, dass die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen die Diakonie mit zusätzlichen Finanzmitteln unterstützen, um örtliche Projekte aufzubauen, aber

auch um Fachkräfte in den Beratungsstellen beschäftigen zu können, die sich z. B. um die Mithilfe im Anerkennungsverfahren kümmern. Dazu gehört, dass wir die vom Innenministerium einberufene Flüchtlingskonferenz gefordert und unterstützt haben. Außerdem sind die deutsche und die europäische Politik gefordert, Lösungen für das nicht praktikable Dublin-III-Abkommen, für die Verteilung von Flüchtlingen in allen Ländern Europas und für zügige Asylverfahren zu finden. Auf Bundesebene setzt sich die Diakonie dafür massiv ein.

Dr. Hans-Jürgen Marcus: Die Caritas arbeitet in den Flüchtlingsberatungsstellen mit hoher Professionalität an der Integration und

Begleitung von Flüchtlingen. Ich freue mich darüber, dass überall Menschen auch politisch einen Akzent setzen gegen Ausgrenzung von Flüchtlingen und Fremden, gegen Rassismus und Antisemitismus. An solchen Gegendemonstrationen sind die Kirchen oft wesentlich beteiligt. Die Caritas ist eindeutig an der Seite der Flüchtlinge. Dazu gehört es, sich politisch einzumischen, wenn es um Probleme geht wie die Verbesserung der Seenotrettung im Mittelmeer, eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen auf die Länder Europas, den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen oder gute Standards in Flüchtlingsunterkünften. Im Bistum Hildesheim haben wir einen Nothilfe-Fonds

über 800.000 Euro eingerichtet. Neben dem Ausbau der Flüchtlingssozialarbeit unterstützen wir kirchliche und örtliche Initiativen mit bis zu 5.000 Euro.

NETZ: 2015 ist ein Jubiläumsjahr: 10 Jahre Hartz IV. Hartz IV: Erfolgsmodell oder Irrweg?

Dr. Hans-Jürgen Marcus: Die Caritas war seinerzeit für eine Zusammenlegung der Unterstützungssysteme Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Allerdings ist dabei mit Hartz IV etwas entstanden, was viele Lücken und viele Mängel hat. Hier muss es dringend Nachbesserungen geben. Unser Beispiel: Die nächste Kampagne der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ hat das



Dr. Christoph Künkel



Dr. Hans-Jürgen Marcus

Motto „Stell mich an, nicht aus!“. Hier wird dokumentiert, wie wichtig Arbeit und Beschäftigung sind. Gleichzeitig werden politische Forderungen über viele Initiativen, an denen auch Betroffene beteiligt sind, in Politik und Öffentlichkeit transportiert. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt in der Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Dr. Christoph Künkel: Das Ziel einer deutlichen Verbesserung der Vermittlung von Arbeitslosen wurde aus unserer Sicht klar verfehlt. So hat sich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen seit Einführung von Hartz IV nicht verändert. 2014 waren in Niedersachsen nach wie vor fast 100.000 Menschen seit mehr als einem Jahr ohne einen Job. Dazu kommt, dass auch in Niedersachsen der Niedriglohnssektor durch Ausbau von Minijobs, Leiharbeit etc. enorm angestiegen ist und daher immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen nicht auskommen und auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind. 130.000 Menschen beziehen in Niedersachsen trotz Hartz-IV-Leistungen zusätzlich Sozialleistungen. Aus Sicht der Diakonie fällt die Bilanz von 10 Jahren Hartz IV doch eher ernüchternd aus.

NETZ: Die Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt immer mehr zu, in Niedersachsen ist mittlerweile fast jeder Sechste von Armut bedroht. Was sind Ihre Forderungen, um Armut nachhaltig zu bekämpfen? An welchen konkreten Projekten auf diesem Gebiet arbeiten Ihre Organisationen zurzeit?

Dr. Christoph Künkel: Noch ist es nicht so, dass die Spaltung in unserer Gesellschaft in der Öffentlichkeit ständig präsent ist. Aber sieht man einmal genauer hin, fällt auf, dass sich Armut z.B. in bestimmten Stadtteilen deutlicher zeigt. Viele fühlen sich abgehängt vom Leben und glauben nicht mehr an eine Änderung ihrer Verhältnisse. Sie haben Vertrauen verloren. Diese Verunsicherung müssen wir aufbrechen und Unterstützung dafür geben, Menschen wieder neue Chancen zu geben. Ein wesentlicher Aspekt zur Teilhabe ist die Chance zur Erwerbstätigkeit. Daher ist es eine wesentliche Forderung der Diakonie an die Politik, bei einer gleichbleibend hohen Quote von langzeitarbeitslosen Menschen neue Konzepte für einen

öffentlich geförderten Beschäftigungsmarkt zu entwickeln. Wir sind der Überzeugung, dass die Förderung von Arbeit, damit die Menschen ihr Auskommen erwirtschaften können, eine der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit ist. Mit Angeboten zur Gemeinwesenarbeit unterstützen wir z. B. die Vernetzung von Angeboten im Stadtteil oder in Dörfern. In diesem Jahr werden wir mit dem Haus kirchlicher Dienste ein Projekt zur Unterstützung von Kirchengemeinden in der Gemeinwesenarbeit starten. Ziel ist es, dass sich evangelische Kirchengemeinden intensiver in die sozialen Belange in ihrer Umgebung einbringen. Dadurch sollen weitere Projekte zur Bekämpfung von Armut vor Ort entstehen und miteinander vernetzt werden.

Dr. Hans-Jürgen Marcus: Wir haben die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren öffentlich immer kritisch begleitet. Das soziokulturelle Existenzminimum muss deutlich angehoben werden. Schulischer Erfolg darf nicht vom wirtschaftlichen Hintergrund des Elternhauses abhängen, Stichwort „Teilhabe durch Bildung“. Beim Thema Spaltung der Gesellschaft geht es um die Idee einer inklusiven Gesellschaft: Wie wird der gesellschaftliche Zusammenhalt besser organisiert? Das ist auch ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit, insofern ist neben dem Armutsthema immer das Reichtumsthema zu diskutieren. In mehreren Projekten begleiten wir Kinder und Familien aus Armutssituationen vor dem Besuch der Kinderkrippe, damit der Anschluss an die öffentlichen Bildungsinstitutionen geschafft wird. In Kindertagesstätten arbeiten wir intensiv an einer besseren Wahrnehmung und Förderung dieser Kinder. Ein wichtiges Instrument sind für uns die Jugendwerkstätten beim Übergang Schule-Beruf. Wir haben um unsere Schwangeren- und Familienberatungsstellen Gruppen aufgebaut von jungen Müttern, die oft unter schwierigen Bedingungen leben und dort eine gute Förderung erfahren. Bei der Wohnungslosenhilfe gibt es ein breites Angebot niedrigschwelliger Beratungsdienste. Wir unterstützen die Organisation von Menschen, die von Armut betroffen sind und versuchen, ihnen öffentlich eine Stimme zu geben.

Diakonie 
in Niedersachsen

Zusammen besser leben

Die Diakonie ist der größte Wohlfahrtsverband in Niedersachsen und bietet ein landesweites Netz von Hilfsangeboten und Beratungsdiensten. Schuldnerberatung, Suchtberatung und allgemeine Sozialberatung werden jährlich von vielen tausend Menschen in Niedersachsen genutzt.



Diakonie: In der Nächsten Nähe. Auch bei Ihnen vor Ort.

Diakonie setzt sich für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit ein.
www.woche-der-diakonie.de

Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
Einhardstraße 3 A • 30169 Hannover • Telefon 0511-3004-0
www.diakonie-in-niedersachsen.de

DER ARBEITSKREIS ARBEITSLOSE LINDEN

Ein Treffpunkt für erwerbslose Menschen in Hannover stellt sich vor

Seit 20 Jahren treffen wir uns donnerstags von 10:00 bis 12:30 Uhr im Freizeithaus Linden. Die anwesenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten bestimmen selber, über welche Themen gesprochen werden soll. Wir haben eine Tagesordnung: Zuerst unterhalten wir uns über Lust und Frust. Jeder kann seine Fragen stellen. Über die Jahre haben wir aber Erfahrung gesammelt, die wir gern weitergeben. Wir empfehlen jedem, unser Angebot der Begleitung zur Agentur für Arbeit und dem Job Center wahrzunehmen. Unsere Hilfe können wir auch beim Ausfüllen von Anträgen für das Arbeitsamt und das Jobcenter anbieten. Bei Bedarf laden wir auch sachkundige Referenten ein, die unsere Fragen beantworten. Wir planen gemeinsame Aktionen, um auf die soziale und finanzielle Situation von Erwerbslosen aufmerksam zu machen. Dazu machen wir Info-

stände in der Innenstadt, vor dem Jobcenter oder nehmen an der 1.-Mai-Demonstration mit Infoständen oder an den hannoverschen Selbsthilfefestagen teil. Die Teilnahme an den Aktionen ist natürlich freiwillig. Auf unserer Internet-Seite können Sie sich informieren wo Erwerbslose und prekär Beschäftigte weitere Hilfe erhalten können: www.arbeitslosenkreis-linden.de Wir haben gelernt, dass man sich immer wieder als Erwerbsloser und prekär Beschäftigter zu Wort melden muss. Wir haben auch Forderungen an die Politik. Die wichtigste ist sicher die, das ALG II endlich deutlich anzuheben, wie es Selbsthilfeorganisationen, die Gewerkschaften, der Paritätische Wohlfahrtsverband und andere seit Jahren fordern, um so ein wirkliches Existenzminimum zu gewährleisten. Denn es kann nicht angehen, dass die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen, die Bezüge der Betroffenen aber oft nur um den Inflati-

onsausgleich angehoben werden. Ein wirkliches Existenzminimum muss eine andere Höhe haben als die momentanen 399 Euro. Unsere Forderung lautet: mindestens 500 Euro Regelleistung für Erwerbslose in ALG II und die 30-Stundenwoche und einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde für Beschäftigte. Wir Erwerbslose sind nicht dafür verantwortlich, dass wir entlassen wurden und keine Arbeit mehr finden, die uns ein abgesichertes Leben ermöglicht. Es ist eine Tatsache, dass nicht mehr genügend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vorhanden sind, die allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir, ein gerechteres soziales Gesellschaftsmodell zu entwickeln. Reichtum muss gerecht verteilt werden. Große Vermögen und hohe Erbschaften sind zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben wieder heranzuziehen (Art. 14, Abs.2 GG sowie Art.



Foto: Klaus Fleige

23, 24 und 25 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“). Also schauen Sie mal her-

ein und reden Sie mit uns über die Probleme der Arbeitslosigkeit. Wir freuen uns auf Sie!

Denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar!



Foto: Marie Veenhoven



Foto: Jens Schulze

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

– jeden Donnerstag 10 – 12.30 Uhr, Freizeithaus Linden, Fred-Grube-Platz (früher: Windheimstraße 4), 30451 Hannover.

E-Mail:

info@arbeitslosenkreis-linden.de

Kontakt: Harry von Känel; Telefon: 0511 604 02 86 Behindertengerechter Zugang über Fahrstuhl zum Untergeschoss und Obergeschoss, behindertengerechte WCs

Linie 10: Haltestelle Ungerstraße

Linie 700: Haltestelle Ungerstraße

Beratung & Unterstützung

ASG-Beratungsstelle für Arbeitslose

Walter-Ballhause-Straße 4
30451 Hannover
Tel. 0511 442421

Treffpunkte & Unterkünfte

Krankenwohnung

Die KurVe

Helmstedter Straße 1
30519 Hannover
Tel. 0511 8387320

Tageswohnung Treffpunkt Karl-Lemmermann-Haus

Kötnerholzweg 9
30451 Hannover
Tel. 0511 2110634
Mo–Fr 9:00–14:00 Uhr

Szenia – Tagestreff und Beratung für Frauen

Burgstraße 12
30159 Hannover
Tel. 0511 7600100
Mo, Di, Do 10:00–15:00 Uhr
Fr 10:00–13:00 Uhr

Tagestreff Nordbahnhof

Engelbosteler Damm 113
30167 Hannover
Tel. 0511 9205660
Di + Do 14:00–19:00 Uhr

Mi 14:00–21:00 Uhr

So 9:00–15:00 Uhr

Tagestreffpunkt DÜK

Lavesstraße 72
30159 Hannover
Tel. 0511 3632538
Mo, Di, Do, Fr 9:00–14:30 Uhr

Mi 9:00–12:00 Uhr

Männerwohnheim

Schulenburg Landstraße

Schulenburg Landstraße 335
30419 Hannover
Tel. 0511 9781790

Bahnmissionsmission Hannover

Hauptbahnhof / Raschplatz
30161 Hannover
Tel. 0511 320168
Mo–So 6:45–0:00 Uhr

Kontaktladen Mecki

Raschplatz 8 c-d

30161 Hannover

Tel. 0511 3480264

Mo–Do 8:00–11:00 Uhr

Fr 8:00–12:00 Uhr

Sa 8:00–10:00 Uhr

Sozialdienst für Wohnungslose

Caritasverband Hannover e.V.

Leibnizufer 13–15

30169 Hannover

Tel. 0511 12600-1072

Mo, Do, Fr 8:30–13:00 Uhr

Di 13:00–16:00 Uhr

Mi 8:30–17:00 Uhr

Essen

Lindener Tisch e.V.

Dunkelberggang 7
30449 Hannover
Tel. 0511 27078187
Frühstück 0,50 Euro pro Portion: Di, Mi, Fr 8:30–9:30 Uhr; Mittagessen 1,00 Euro pro Portion: Mo–Fr 12:30–13:45 Uhr
Lebensmittelausgabe: Mo + Do 14:30–16:00 Uhr
Tierfutterausgabe: Mo + Do 14:30–16:00 Uhr

Sucht & Krankheit

Alkoholfreier Tagesaufenthalt Saftladen

Podbielskistraße 136
30177 Hannover
Tel. 0511 691762
Mo 12:00–19:00 Uhr
Di + Fr 10:00–14:00 Uhr
Mi + Do 10:00–16:00 Uhr
Paul-Oehlkers-Haus
Sozialtherapeutische Einrichtung für chronisch Abhängige

Plantagenstraße 17

30455 Hannover

Tel. 0511 2609243

Hannöversche AIDS-Hilfe e.V.

Lange Laube 14

30159 Hannover

Tel. 0511 360696-0

La Strada

Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen

Escherstraße 25

30159 Hannover

Tel. 0511 140-23 / -33

Mo + Do 10:00–15:00 Uhr

Di 15:00–20:00 Uhr

Fr 15:00–19:00 Uhr

Fixpunkt

Hamburger Allee 75

30161 Hannover

Tel. 0511 3886465

Neues Land e.V. – SOS Bistro

Steintorfeldstraße 4a

Tel. 05103 9278795

Di–Fr 14:00–21:00 Uhr

Sa + So 17:00–21:00 Uhr

Kontaktcafé Bauwagen

hintert dem Bahnhof, unter der Raschplatz-Hochstraße

Tel. 0511 9992699

Mo–Fr 14:00–17:00 Uhr **hs**

Termine

Veranstaltungsreihe „Gute Arbeit für die Seele“, Hanns-Lilje-Haus, Knochenhauerstraße 3, in Hannover: **15. Juli** – „Passgenaue Förderung für den einzelnen Menschen: Konzepte zur trägerübergreifenden Vernetzung“

14. September – „Herausforderung Langzeit-Arbeitslosigkeit: Teilhabeförderung bei Vermittlungshemmnissen“

30. September – „Strategien für Rehabilitation und Teilhabe: Neue Wege der Kooperation“, Informationen: www.gesundheit-nds.de

17. Oktober – Weltarmutstag: „Aktion von Landesarmutskonferenzen und nak zu 10 Jahren Hartz IV“, geplant in Hannover, Berlin und weiteren Bundesländern

9.–11. November – Bundestagung BAG Wohnungslos-

senhilfe e. V.: „Solidarität statt Konkurrenz – entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut“, Berlin, Informationen: www.bagw.de

Jeden Monat erscheint in Hannover und 15 Städten Niedersachsens das Straßenmagazin „Asphalt“. Die Verkäufer/innen sind oder waren wohnungslos oder unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht. Ihr Einkommen liegt unter dem Regelsatz des ALG II; sie erhalten 80 Cent des Verkaufspreises von 1,60 Euro. Ebenfalls monatlich erscheint in Hannover „@lp-traum“, die kostenlose Zeitung gegen Sozialabbau. Mehr darüber weiß der „Asphalt“-Verkäufer Heinz-Dieter Grube (HaDe), der meist in der hannoverschen Innenstadt am Schillerdenkmal zu finden ist. **hs**

GUTE ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Interview mit Detlef Ahting, ver.di-Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen

NETZ: „Arbeit der Zukunft – gestalten wir!“ So lautete das Gewerkschaftsmotto zum 1. Mai. 2015 stand also im Zeichen von „Guter Arbeit“ und einer neuen Ordnung der Arbeitswelt. Die ist allerdings ziemlich aus den Fugen geraten. Was können Gewerkschaften tun, um hier das richtige Maß herzustellen?

Detlef Ahting: Die Arbeit mit moderner Technik verändert die Arbeitswelt. Wir stehen vor großen Umbrüchen. Die Digitalisierung erfasst zunehmend sowohl den Produktionssektor als auch die Dienstleistungsbranche. Industriearbeit 4.0 war das Schlagwort auf der diesjährigen Industriemesse in Hannover, Big Data auf der CeBIT. Wir arbeiten flexibler – das ist für viele auch gut so. Doch das darf nicht länger eine Einbahnstraße für Arbeitgeber sein. Wir brauchen neue Regeln für die neuen

Technologien und digitalen Medien. Ich fordere von den Unternehmen, dass sie dafür mehr ausbilden, mehr in Zukunftsberufe investieren und Beschäftigten Zeit zur Qualifizierung einräumen. Die Technik entscheidet aber nicht über die Arbeit der Zukunft – das entscheiden die Menschen. Deshalb brauchen wir mehr Mitbestimmung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften müssen sich diesen Herausforderungen bei der Gestaltung der Arbeit der Zukunft stellen.

Unser Leitbild für die Gestaltung der Arbeit der Zukunft heißt Gute Arbeit, die für eine moderne, humane Arbeitswelt steht. Die Basis dafür sind unbefristete Arbeitsverhältnisse, strikt geregelte Leiharbeit und Eindämmung prekärer Beschäftigung. Im Mittelpunkt stehen für uns die Kriterien „Gleicher

Lohn für gleiche Arbeit“, Mitbestimmung, Mindestlohn und Tarifbindung. Gute Arbeit bedeutet für uns existenzsichernde Löhne und Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Schutz, Gesundheitsschutz sowie familienfreundliche Arbeit.

NETZ: Eines der Kernprojekte der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen ist ein Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS). Ist dies auch ein Modell für Niedersachsen?

Detlef Ahting: Die Hartz-IV-Gesetze gibt es jetzt seit 10 Jahren – ein trauriges Jubiläum. Diese haben zur drastischen Verschlechterung der Situation der Beschäftigten und Arbeitssuchenden geführt. Auf Arbeitslose wird seit 2005 massiv Druck ausgeübt, prekäre Jobs zu Niedriglöhnen anzunehmen. Beschäftigte sind gezwungen,

schlechte Arbeit zu akzeptieren. Deshalb ist die CDU-SPD-geführte Bundesregierung gefordert, eine Reform auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Alle verfügbaren Daten zeigen, dass sich der niedersächsische Arbeitsmarkt seit Einführung von Hartz IV qualitativ erheblich verschlechtert hat: Atypische Beschäftigung – d. h. Leiharbeit, befristete Jobs, Minijobs und Teilzeit – wurde deutlich ausgeweitet. In Niedersachsen arbeiten laut einer aktuellen Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ungefähr 40 Prozent der Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen. Damit liegen wir bundesweit auf dem 3. Platz dieser traurigen Negativliste. Ja, wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit fairen Bedingungen, vor allem für Langzeitarbeitslose. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor wie in Thüringen oder Berlin kann auch ein Modell für Niedersachsen sein. In der Arbeitsmarktpolitik ist ein Kurswechsel hin zu nachhaltig wirksamen und langfristigen Qualifizierungsmaßnahmen notwendig. Ohne aktive Arbeitsmarktpolitik können wir die Arbeit der Zukunft nicht gestalten.

NETZ: Gewerkschaften waren lan-

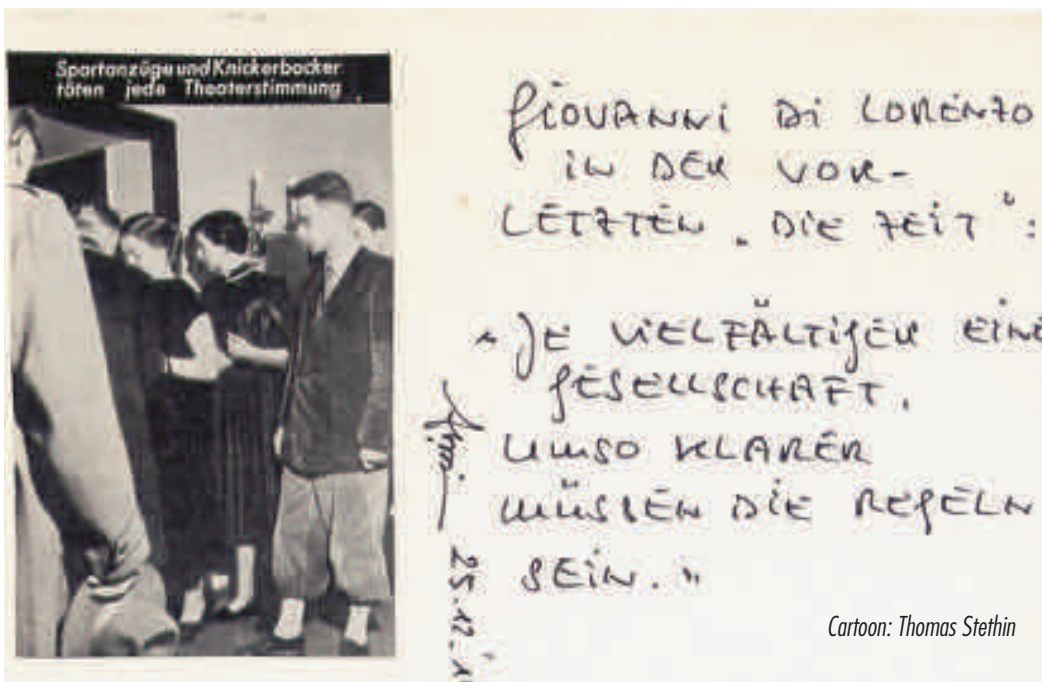


Detlef Ahting, ver.di-Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen.

ge Zeit von Mitglieder- und Bedeutungsschwund gebeutelt. Wie schätzt Du die derzeitige Verfassung der Gewerkschaftsbewegung ein und ihre Perspektiven über 2015 hinaus?

Detlef Ahting: In den letzten zwei Jahren ist uns eine deutliche Steigerung der realen Tarifeinkommen gelungen – auch bei niedrigen Löhnen. Das schafft Kaufkraft und sorgt für Steuereinnahmen. Darum wollen wir diesen Trend in diesem Jahr fortsetzen. Das funktioniert,

wenn Gewerkschaften starke Mitgliederorganisationen sind. Wir stellen fest, dass Menschen wieder eher bereit sind, bei uns einzutreten. Den Mitgliederverlust der vergangenen Jahre haben wir gestoppt. Das ist ein gutes Signal – auch an die Arbeitgeber. Denn unsere Alternative zum menschenverachtenden Kapitalismus heißt: gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit!



Cartoon: Thomas Stethin

Recht & Gesetz

Mindestlohn I

Klagen vor Gericht sind mitunter langwierig, nervenaufreibend und kosten Geld. Gerade Menschen, die nur den Mindestlohn oder sogar weniger erhalten, scheuen oft das Prozessrisiko.

Eine zentrale Forderung beim Mindestlohn ist die Möglichkeit einer Verbandsklage, wie es sie in Deutschland unter anderem im Bereich der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung gibt oder auch im Verbraucher- und Naturschutz.

Randbemerkung: Die Herausgeber der NETZ haben bei ihren Schüler- und Studentenjobs bereits im vorigen Jahrtausend als Erstes gelernt: Ohne Stundenzettel geht gar nichts, also Zeitdokumentation! Das teilweise hyperventilierende Gezeter bestimmter Interessengruppen gegen die Dokumentationspflicht beim Mindestlohn erinnert an Forderungen nach der Wiederein-

führung der Brieftaube im Postverkehr. Man kann die Sehnsucht nach früher, als das Abendland ohne Mindestlohn noch nicht dem Untergang geweiht war, auch übertreiben.

Mindestlohn II

Zusätzliches Urlaubsgeld oder eine jährliche Sonderzahlung darf der Arbeitgeber nicht auf den gesetzlichen Mindestlohn anrechnen, eine dahingehende Änderungskündigung ist unwirksam. Der gesetzliche Mindestlohn soll unmittelbar die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers entgelten (Az.: 54Ca14420/14).

Klagen lohnt sich

Laut „Sozialberatung Ruhr e.V.“ (www.sozialberatung-ruhr.de) waren 2014 in ihrem Bereich mehr als die Hälfte der Bescheide von Jobcenter, Sozialamt und Agentur für Arbeit fehlerhaft. Die von dem gemeinnützigen Verein eingeleg-

ten Rechtsmittel, also Widersprüche und Klagen, waren zu 57 Prozent erfolgreich. Diese Zahlen und Verhältnisse sind kein Einzelfall, sondern übertragbar.

Quelle: www.gegen-hartz.de

Zwangsverrentung rechtswidrig

Wichtig für die immer mehr werdenden älteren Langzeitarbeitslosen: Das Sozialgericht Dresden hat festgestellt, dass es rechtswidrig ist, SGB-II-Leistungsbezieher zur vorzeitigen Beantragung der Altersrente aufzufordern, wenn zuvor die zu erwartende Rentenhöhe nicht ermittelt wurde (Az.: S28 AS 567/14 ER). Nur in Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Rentenbezug kann beurteilt werden, ob dem Betroffenen ein vorgezogener und damit gekürzter Rentenbezug zumutbar ist.

Quelle: www.gegen-hartz.de kdg

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE:

RICHTIG GUT ✓

AUFWERTEN JETZT!

Wir bitten um Solidarität mit Erzieherinnen und Sozialarbeitern

ARBEIT UM JEDEN PREIS ODER SOZIALE TEILHABE DURCH ARBEIT

Nationale Armutskonferenz formuliert Forderungen

Arbeitslosigkeit abbauen“: das Glaubensbekenntnis deutscher Sozialpolitik. Aber was ist eigentlich gemeint? Empirische Studien zeigen: nichts wünschen sich Erwerbslose sehnlicher, als „dabei“ zu sein, „mitmachen“ zu können. Nicht nur Prof. Klaus Dörre (Jena) weist mit seiner kritischen Studie „Bewährungsproben für die Unterschicht“ nach: Erwerbslose machen fast alles, um mitarbeiten zu können. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit bestätigt dies. Warum also „Aktivierung“? Das Zauberwort der Hartz-Reformen suggeriert, da lägen welche auf der faulen Haut. Die frühen 2000er Jahre lebten poli-

tisch von solchen Anspielungen. Franz Müntefering verballhornte den Bibelspruch gegen faule Prediger „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und hielt ihn Erwerbslosen entgegen. Der damalige Grünen-Politiker Oswald Metzger (heute CDU) philosophierte über faule Arbeitslose, die vor dem Fernseher sitzen, Chips essen, Bier trinken und ihre Kinder vernachlässigen. Roland Koch, damals noch CDU-Ministerpräsident von Hessen, reiste wiederholt nach Wisconsin und war beeindruckt, mit welchem Druck Arbeitslose dort behandelt werden. FDP-Westerwelle sprach von „spätromischer Dekadenz“. Also: Wird da jemand endlich aus der Starre erlöst und von den Jobcentern zum Jagen getragen? Pustekuchen. Dass „Fördern und Fordern“ kein

Versprechen an die Erwerbslosen ist, haben wir spätestens nach 2010 gemerkt. Da wurde der Eingliederungstitel für arbeitsmarktpolitische Leistungen – also der finanzielle Inhalt des „Fördern“-Versprechens im Bundeshaushalt – auf die Hälfte zurückgekürzt. Heute sind die Verwaltungskosten in den Jobcentern höher.

Und die Arbeitslosenstatistik? Ein Drittel der Leistungsbeziehenden in der Grundsicherung („Hartz IV“) war schon 2005 dabei, Erwerbslose wie Angehörige. Und nur ein Drittel der „Hartz-IV-Empfänger“ ist arbeitslos gemeldet. Als „erwerbsfähig“ gilt zwar insgesamt die Hälfte aller Leistungsbeziehenden. Ein großer Teil fällt aber aus der Arbeitslosenstatistik heraus: geparkt in Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Trainingsmaßnahmen und prekären Jobs mit ergänzendem Leistungsbezug. Und dann gibt es noch die „Nicht-Erwerbsfähigen“, die andere Hälfte. Was heißt „Aktivierung“ bei leistungsbeziehenden Kindern oder Alleinerziehenden ohne hinreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten? Da wären doch zielgenaue Hilfen angesagt – denkt der naive Leser. Doch woran misst sich der Erfolg des „Sozialgesetzes II“? Eben: Arbeitsvermittlung. Was heißt das? Schnell in einen Job, irgendeinen. Ein Viertel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die den Leistungsbezug verlassen, sind nach drei Monaten wieder da. Ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands pendelt zwischen Hartz IV, prekärer Beschäftigung und prekärer Selbstständigkeit. Die Armutrisikoquote steigt oder stagniert, nimmt aber auch im Konjunkturaufschwung nie ab. Nur die Zahl der Sozialleistungsbeziehenden wird geringer. Die Arbeitslosigkeit auch. Prekäre Be-



Michael David, stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

mieser Arbeit, Hartz IV und Besuch bei den Tafeln. Nicht mal eben schnell vermitteln. Sondern: so fördern, dass sich die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten langfristig bessern. Von eigener Arbeit leben können, mitbestimmen und selber Gesellschaft mitgestalten.

Hört sich utopisch an: Die Menschen sind nicht einfach für Arbeit dar. Arbeit ist für die Menschen da. Gute Arbeit kann ein Teil der Möglichkeiten sein, sich selbst auszudrücken und mitzugestalten. Menschliches Leben ist schließlich mehr, als eine Wohnung zu haben und genug Geld für Kleidung und Essen. Niemand darf mit Sanktionen gezwungen werden. Der Wille der Einzelnen ist zu achten. Und die Forderung nach einer gerechteren Gestaltung des Arbeitslebens.

Michael David
Sozialpolitik gegen Armut und soziale
Ausgrenzung, Diakonie Deutschland,
stellvertretender Sprecher der nationalen
Armutskonferenz

schäftigung ist das Arbeitsmarktwunder. Mit Armutsbekämpfung hat das nichts zu tun.

Niemand darf mit Sanktionen gezwungen werden

Trotzdem wollen wir das Ziel „gute Arbeit“ nicht aufgeben. Es geht um Arbeit, von der Menschen leben können. Es geht um die Anerkennung von Arbeit, die nicht immer und unbedingt Erwerbsarbeit sein muss. Wir sprechen über die Möglichkeit von Menschen, sich mit dem, was sie tun, einzubringen. Bei Erwerbsarbeit sind Arbeitgeber in der Pflicht, anständig zu bezahlen und Tariflöhne einzuhalten. Wenn sich Erwerbslose ehrenamtlich etwa in der Selbstorganisation engagieren, dann muss das unterstützt werden. Warum können nicht Telefon- und Materialkosten übernommen werden? Dafür klagt sich manche Engagierte durch die Instanzen. Viele werden vor wichtigen Terminen im Rahmen ihres Engagements kurzfristig beim Arbeitsvermittler einbestellt. Um die tatsächliche Verfügbarkeit zu prüfen.

Ohne öffentlich geförderte Beschäftigung wird es nicht gehen. Aber ist das ein Sonderfall? „Arbeitgebern“ wird viel und gern geholfen: In Brandenburg wird die Landschaft umgepflegt, um Braunkohle abzubauen. Und zu verfeuern. Das Argument: Arbeitsplätze. Gerät ein Automobilbauer in Finanznöte, gibt es schnell staatliche Hilfe. Wenn der Kulturbetrieb laufen soll, wird er bezuschusst. Wenn ein Wellnessbad gebaut wird, lockt die Standortförderung für Investoren. Aber wenn es einfach darum geht, dass Menschen zu fairen Bedingungen mitmachen können? Da wird sich gedreht und gewunden. Als wenn soziale Teilhabe durch Arbeit nicht ein soziales Recht ist. Die UNO zählt das zu den Menschenrechten. Welche Ziele soll Arbeitsmarktpolitik verfolgen? Es kann nur um soziale Teilhabe gehen. Wenn Menschen soziale Probleme haben – dann geht es eben um Hilfe. Das lässt sich nicht an Vermittlungszahlen messen. Warum muss jede Schuldnerberatung nachweisen, dass die „Vermittlungsfähigkeit“ dadurch besser wird? Es muss um langfristige Perspektiven gehen. Raus aus der Drehtür zwischen

Mehr zu diesem Thema

... finden Sie im Papier der Nationalen Armutskonferenz: Soziale Teilhabe durch Arbeit. Sozialpolitische Anforderung an die Beschäftigungsförderung. Download unter http://nationalemarmutskonferenz.de/data/grundsicherung/15-02-02%20soziale_Teilhabe_Arbeit_nak-Beschluss_korr.pdf. Per E-Mail anfordern. Einfach eine E-Mail schicken an arbeit-soziales@diakonie.de. Die klassische Variante: Anrufen und sich zuschicken lassen. Telefon: 030 65211-1643.



Foto: Volker Macke

AKTUELLER ANTISEMITISMUS

Beitrag der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hannover

Fest steht: der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Antizionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar.“ So konstatiert Jean Améry bereits 1969. Was er damals sagte, ist immer noch brandaktuell. Dies fällt besonders ins Auge, wenn man den Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge Ende Juli 2014 betrachtet. Drei aus dem Westjordanland stammende Männer wollen eine Synagoge in Brand stecken, das Gericht wird sie später zu Be-

währungsstrafen verurteilen, da es sich hierbei, nach Meinung des Richters, nicht um einen antisemitischen Gewaltakt handelte. Dieses Urteil führt den Begriff Antisemitismus ab absurdum. Doch nicht nur dort, wo der Antisemitismus in Gewalt umschlägt, ist er gefährlich, sondern auch da, wo er salonfähig wird. Seit der Beschneidungsdebatte 2012 und den unsäglichen Gaza-Demonstrationen 2014 sind antisemitische Tendenzen wieder offen artikulierbar. Der Mob zog durch die

Straßen und vor Synagogen und brüllte „Jude, Jude, feiges Schwein. Komm heraus und kämpf allein!“ Doch als wäre das nicht genug, schlugen Teile des Feuilletons im letzten Sommer in die gleiche Kerbe, nur ästhetischer. Und es ist ein nicht unerheblicher Anteil an Akademikern, der, in Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die Botschaft des Staates Israels in Berlin, seinem antisemitischen Wahn freien Lauf lässt. Fest steht also, dass es fehlheilt, eine bestimmte Gruppe oder so-



Foto: Achim Beinsen

Kippa Flash Mob

ziale Schicht für antisemitische Übergriffe allein verantwortlich zu machen. Der Versuch, den vorkommenden Antisemitismus auf Gruppen wie „arabische Zuwanderer“ abzuschie-

ben, soll von der eigenen Verwicklung ablenken, frei nach dem Motto „Es ist immer der Antisemitismus der anderen“. Freilich muss zugestanden werden, dass sich die Wortwahl

über die Jahre etwas verändert hat. Doch entgegen dem Vorwurf, dass jede Kritik an Israel als Antisemitismus abgestempelt wird, lässt sich antizionistischer Antisemitismus besonders leicht da erkennen, wo das Wort Jude gegen Zionist ausgetauscht wird. Siehe Günter Grass' Gedicht „Was gesagt werden muss“, welches jahrhundertalte Stereotype von kriegsstiftenden Juden auf Israel überträgt.

Die Lage ist ernst, was bedeutet, dass man nun so entscheiden wie noch nie gegen antisemitische Hetze vorgehen muss. Dazu gehört es auch, sich denjenigen in den Weg zu stellen, die die Synagogen in Deutschland wieder brennen sehen wollen.

Monty-Maximilian Ott
www.dig-hannover.de



SO SIEHT DAS AUS

Armut wirft 'nen langen Schatten,
BMW merkt nichts davon,
namentlich Susanne Klatten,
mit Milliarden im Karton

Anders als die Hartz-IV-Sätze,
eingeführt zu Schröders Zeit,
präsentiert mit viel Geschwätze,
Höhepunkt der Dreistigkeit

Für Bildung gibt's fünf Cent
pro Tag
So steigt die Chancengleichheit eminent,
bei diesem Wahnsinnsgeldbetrag

Wer unten ist, soll unten bleiben,
das gilt jedoch auch umgekehrt
So manches kriminelle Treiben
hat oben schon sehr viel vermehrt

Wer denkt dabei nicht an die Banken,
die aus Berlin und kurzerhand
den Freispruch haben zu verdanken,
da fürs System sie „relevant“

Es wächst die Zahl der Millionäre,
für Arme wie der blanke Hohn,

2012 war die Premiere:
seitdem sind's mehr als 'ne Million

Das wäre durchaus zu verkraften,
wenn – statt im Reichtum sich zu aalen –
sie auf ihre märchenhaften
Vermögen würden Steuern zahlen

Wohltätigkeit und Charity,
wenn Promis sich beim Spenden sonnen,
ändert sich die Lage nie –
damit ist nichts gewonnen

Die Kohle bunkern in der Schweiz,
statt Steuern hier zu zahlen,
das ist nur Gier und nicht mal Geiz,
so sind die wahren Asozialen

Schließlich fehlt's an allen Enden,
für Schulen, Straßen und Kultur
Nur wenig hilft sporadisch spenden,
denn das Problem ist die Struktur

Was ist die Lösung des Problems?
Was macht das Leben hier gerechter?
Ohne Umbau des Systems,
wird es jedenfalls nur schlechter *hs*

PROFESSIONELLE SOZIALBERATUNG – UNABHÄNGIG UND KOSTENFREI

Über die Arbeitslosenselbsthilfe Osnabrück (ASH)

Die Osnabrücker Arbeitslosenselbsthilfe e. V. wurde 1980 gegründet. Vier Jahre später war das erste Osnabrücker Arbeitslosenzentrum eröffnet, noch auf rein ehrenamtlicher Basis. In den 90er Jahren erfolgte eine Professionalisierung – Fachkräfte mit entsprechenden beruflichen Voraussetzungen wurden eingestellt – ohne das grundlegende Selbstverständnis der Einrichtung (Freiwilligkeit, Kostenfreiheit der Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe) zu ändern. Heute ist die ASH die einzige noch bestehende unabhängige Erwerbsloseneinrichtung in Osnabrück und Umgebung. Die finanzielle Ausstattung gleich im Verlaufe der Jahre einer Achterbahnfahrt. Immer

wieder mussten Einbrüche bei öffentlichen Mitteln durch Pro-



jektmittel oder private Zuwendungen ausgeglichen werden. Zur nachhaltigen Arbeit und Qualitätssicherung wäre die stabile Förderung von Erwerbsloseninitiativen aus Landes- und Bundesmitteln notwendig. Das „Kerngeschäft“ ist Sozialberatung. Dazu gehören z. B. die Hilfen bei Anträgen, die Erklärung von Bescheiden und Einkommensrechnungen, die Klärung vieler angrenzender

Fragestellungen, z. B. zum Umgang mit geringfügigen und befristeten Beschäftigungen, die richtige Anwendung von Gesetzen, Widersprüche oder Mediationen, Bewerbungsstrategien, Tragfähigkeit von Existenzgründungen usw. Mit „Hartz IV“ sind existenzielle Nöte und Verunsicherung bei den Betroffenen gestiegen, oft mit nachhaltigen Beeinträchtigungen des körperlichen und psychischen Wohlbefindens verbunden. Sozialberatung kann diese materielle Not nicht aufheben, sie kann aber einen Beitrag zur persönlichen Stabilisierung leisten, indem sie fachliches Know-how und persönliche Unterstützung bei der Problemlösung zur Verfügung stellt.

Neben der Sozialberatung führt die ASH soziale Projekte durch. Das größte ist die „Radstation“

am Osnabrücker Hauptbahnhof, mit rund 800 Einstellplätzen für PendlerInnen und Fahrradtouristen, das sechs Beschäftigten Arbeit und Einkommen gibt. Unter dem Titel „Gute Nachbarschaft“ vertieft die ASH die Stadteitarbeit im Quartier Rosenplatz durch Ausstellungen, Seminare, Flohmärkte, Musik-, Theater-, Spielangebote. Ein Bürgergarten mit „Urban Gardening“ und eine Stadtbibliothek wurden eingerichtet. Politisch ist die ASH maßgeblich beim Runden Tisch Kinderarmut und der Osnabrücker Sozialkonferenz, einem Bündnis für mehr soziale Gerechtigkeit, beteiligt. Weitere Informationen: www.ash-os.de.

Ulrich Rückin,
Arbeitslosenselbsthilfe
Osnabrück (ASH)



Foto: Achim Beinsen

Tipps und Nützliches

Tiertafel in Hannover-Linden sorgt für einen vollen Napf!

Wenn die Arbeit weg ist und das Geld knapp wird, schrumpft meist auch noch der Bekanntenkreis erheblich. Einer jedoch geht mit Ihnen durch dick und dünn: Ihr Hund. Ist aber das Budget ohnehin knapp, fällt es nicht leicht, auch noch die Kosten für den besten Freund des Menschen aufzubringen. Einen Mehrbedarf für Hunde gewährt das Jobcenter leider nicht. Aber in Hannover existiert eine Tiertafel, wo sich Haustierbesitzer, die nur ein geringes Einkommen haben, umsonst mit Tiernahrung eindecken können – ohne Einkommensnachweis oder Hartz-IV-Bescheinigung, gefordert ist lediglich ein Impfnachweis. Die Tiertafel befindet sich in Hannover-Linden im Dunkelberggang 7 und hat montags und donnerstags von 14:00 bis 18:00 Uhr geöffnet.

Ermäßigung bei der Hundesteuer

In Hannover zahlen Hundebesitzer regulär 132 Euro Hundesteuer pro Jahr. Alle, die bereits einen Hund hatten, als sie in wirtschaftliche Not geraten sind, erhalten eine Ermäßigung und müssen nur 96 Euro berappen. Es lohnt sich also, bei der zuständigen Verwaltung nach einer Vergünstigung zu fragen. Wer sich allerdings einen Hund anschafft, obwohl er bereits arm ist, bekommt keinen Nachlass.

„Sozialbericht 2015“ der Region Hannover erschienen

135.000 Menschen in der Region sind auf öffentliche Gelder angewiesen. Dies und mehr ist nachzulesen im aktuellen „Sozialbericht 2015 – Soziale Lagen in der Region Hannover“; Download: www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Sozialleistungen-weitere-Hilfen/Sozialhilfe-und-Grundsicherung/Sozialberichte-der-Region-Hannover.

Weit weg mit wenig Geld

In der HEZ – Vorgängerin der NETZ – gab es Tipps für den Urlaub bei knapper Kasse. Das wird hier fortgesetzt: **Working Holiday-Programme** – ermöglichen 18- bis 30-Jährigen Kultur und Alltag anderer Länder kennenzulernen, und dort mit Ferienjobs die Urlaubskasse aufzubessern; mehr unter: www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/FAQ/ArbeitLebenDeutschland/06-WorkingHoliday.html?nn=383016. **Unterkunft gegen Arbeit** – In über 60 Ländern der Welt vermittelt die Organisation WWOOF Arbeitskräfte für Bio-Bauernhöfe. Die Unterkunft ist umsonst, und manchmal auch die Verpflegung; Informationen: <http://www.woof.org>.

Hinweis: Wir recherchieren unsere Informationen und Tipps nach bestem Wissen und Gewissen. Eine Haftung können wir dafür aber nicht übernehmen. *ab / hs*

Die Mauer muss weg! war das Motto der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen bei der Feier zum Tag der Deutschen Einheit im Oktober 2014 in Hannover. Die LAK war dort mit einem Programm aus Kunst und Kultur vertreten, um über die Mauer zwischen Arm und Reich aufzuklären, die in keinem EU-Land so groß ist wie in Deutschland. Die Aktion war Bestandteil des Projekts Armut? Das ist doch keine Kunst!, das seit Sommer 2013 mit Ausstellungen und Interventionen in Hannover läuft. Bei der Einheitsfeier (Motto: Vereint in Vielfalt) war das LAK-Zelt permanent von interessierten Bürgern belagert, was nicht nur an den 100 DM Begrüßungsgeld lag – Publikumsmagnet war eindeutig die Mauer. Die Mauer aus Kartons, beschriftet mit Fakten zu Armut und Reichtum in Deutschland – Tatsachen, an denen niemand vorbeikommt. Kaum waren die Kartons übereinander gestapelt, wurde die Mauer von den Besuchern eingerissen, und die Standbetreuer hatten alle Hände voll zu tun, um mit dem Aufbauen nachzukommen. Die Mauer war das meistfotografierte Objekt. Am Zelt der LAK gab es zudem eine Mal-Aktion unter künstlerischer Anleitung, was insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gut ankam; und beim Memory mit Motiven zu Armut und Reichtum trug wiederum das Spielerische dazu bei, das Thema anschaulich, aber ohne moralischen Zeigefinger zu vermitteln. Straßenmusiker und Erfrischungsges-

tränke aus einer mobilen Cocktail-Mix-Maschine rundeten die Aktionen ab. Das war draußen.

Vereint in Armut? Fast ein Sechstel der Niedersachsen von Armut bedroht

Im Zelt der LAK waren zwei Kunst-Installationen zu sehen: ein Video sowie eine festlich gedeckte Tafel mit Speisekarten, die ironisch die skandalös niedrigen Hartz-IV-Sätze für Ernährung thematisieren. Beides gab immer wieder Anlass zu Gesprächen mit Besuchern – häufig Betroffenen –, die anhand eigener Erlebnisse die herrschenden sozialen Missstände anprangerten. Vieles davon findet sich in den Forderungen der LAK Niedersachsen zur Bekämpfung der Armut. Als Unterstützer des Projekts besuchte auch Ministerpräsident Stephan Weil den LAK-Stand, ebenso wie Vertreter von Diakonie, Caritasverband und ver.di sowie Sozialministerin Cornelia Rundt, deren Ministerium das Projekt von Anfang an fördert.

Ein weiterer Höhepunkt war die beeindruckende Performance des Künstlers Olaf Heinrich, der sich – auf der Straße liegend – eingipsen ließ, um so auf die skandalöse Situation von Wohnungslosen aufmerksam zu machen. Danach sollte eigentlich der Gründungskongress der Landesarmutskonferenz mit den zehn reichsten Niedersachsen stattfinden. Von diesen erschien allerdings kein Einziger, wobei einige nicht einmal auf die schriftliche Einladung geantwortet haben. Da passte es

DIE MAUER MUSS WEG – EIN ZIEL, ZWEI AKTIONEN

VOM EINHEITSFEST ZUM TRAUERSPIEL

ins Bild, dass Hartz-IV-Initiator und Ex-Kanzler Schröder stets forsch am Stand der LAK Niedersachsen vorbeiging: Wer will schon mit den negativen Folgen seiner Politik konfrontiert werden.

10 Jahre Hartz IV – Trauerspiel und Armutszeugnis

Am 16. April 2015 fand in Hannovers Innenstadt im Rahmen der bundesweiten Kampagne *aufRecht bestehen – kein Sonderrecht im Jobcenter* die satirische Inszenierung 10 Jahre Hartz IV – ein Trauerspiel statt, wiederum initiiert von der LAK Niedersachsen sowie mitgestaltet und unterstützt von: Arbeitskreis Arbeitslose Linden, Arbeitslosenzeitung *alptraum*, attac Hannover, Bündnis unfairteilen, Erwerbslosengruppe SONET sowie dem ver.di Ortsverein Hannover. Birgit ben Rahbah von SONET wies in ihrer kämpferischen Rede darauf hin, dass sich Erwerbslose einerseits in den Jobcentern oft in ihrer Menschenwürde verletzt sehen und drangsaliert würden, während andererseits riesige Vermögen nur unzureichend be-



Foto: Marie Veenhoven

steuert würden – und somit die Spaltung der Gesellschaft drohe. Weil es derzeit nicht danach aussieht, dass Hartz IV abgeschafft wird – die Ideallösung, für die es weiterhin zu kämpfen gilt –, geht es jetzt darum, bestehende Missstände in den Jobcentern zu überwinden und weitere Verschlechterungen zu verhindern. Eine bessere Ausstattung der Jobcenter, gute Beratung durch qualifizierte Mit-

arbeiter und schnelle, unbürokratische Hilfe sind deshalb zentrale Forderungen der LAK Niedersachsen. Dann wurde es feierlich. Nach der Nationalhymne – von einem Straßenmusiker auf der Geige herrlich verzerrt vorgetragen – wurde dem Sprecher des Arbeitskreises Arbeitslose Linden die Silberne Ehrennadel für die 25. sinnlose Jobcenter-Maßnahme verliehen. Dazu gab es, dem

Anlass angemessen, einen Imbiss: saure Äpfel, arme Ritter, kalten Kaffee und alten Wein aus neuen Schläuchen. Mit von der Partie Thomas Schremmer, sozialpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Das Prinzip Fördern und Fordern ist kein Erfolgsmodell. Aus meiner Sicht beschädigt es die Würde des Einzelnen. Ich bin deswegen sehr froh, dass heute so eine tolle Aktion stattfindet, in der das System Hartz IV durch den Kakao gezogen wird.“

Weitermachen – Armut geht ALLE an!

Die Aktionen Die Mauer muss weg! und 10 Jahre Hartz IV – ein Trauerspiel haben gezeigt, wie wichtig es ist, das Thema Armut immer wieder öffentlich zu machen und den Betroffenen ein Forum zu geben. Das übergreifende Projekt *Armut? Das ist doch keine Kunst!* wird fortgesetzt: Am Tag der Niedersachsen vom 26. bis 28. Juni 2015 in Hildesheim ist die LAK Niedersachsen wieder mit einem Zelt vertreten. **hs**

FLÜCHTLINGE BRAUCHEN EIN RECHT AUF ARBEIT

PROJEKTE ZUR ARBEITSMARKTINTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN MIT PREKÄREM AUFENTHALTSSTATUS IN NIEDERSACHSEN

Schon seit Langem weisen Flüchtlingsverbände, aber auch Stimmen aus der Wirtschaft darauf hin, dass auf das berufliche Potenzial und die Qualifikationen von geduldeten Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht verzichtet werden kann. Inzwischen wächst diese Einsicht auch bei den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern. Vor diesem Hintergrund trat Mitte November 2014 endlich eine Neuregelung in Kraft, die es Flüchtlingen mit prekärem Aufenthaltsstatus erlaubt, bereits nach drei Monaten eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Bisher war das erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich. Die Änderung der Rechtslage ist in erster Linie jenen Organisationen und bürgerschaftlich engagierten Menschen zu verdanken, die sich unermüdlich für das Recht auf Arbeit für Migranten mit prekärem Aufenthaltsstatus eingesetzt haben. Immer wieder haben sie darauf hingewiesen, dass es den humanitären Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht wird, bestimmten Bevölkerungsgruppen langfristig elementare Teilhabemöglichkeiten vorzuenthalten. In Niedersachsen existieren inzwischen drei Projekte, deren Ziel die In-

tegration von Flüchtlingen auch mit prekärem Aufenthaltsstatus in Arbeit und Ausbildung ist: Eines davon ist in den Regionen Hannover und Hildesheim aktiv und trägt den Titel AZF II. Die drei Buchstaben stehen für „Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge“. Im Februar 2012 ist das Ende 2010 begonnene Projekt in die Verlängerung gegangen. An dem Integrationsvorhaben beteiligen sich neben Flüchtlingsorganisationen wie dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und dem Verein kargah e. V. in Hannover auch die Handwerkskammer Hannover, der DGB Bezirk Niedersachsen, die Volkshochschule Celle sowie die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen.

Unterstützung bei Bewerbungen

Inzwischen haben rund 2.500 Flüchtlinge an dem Projekt teilgenommen. Für jeden Teilnehmer wird ein Profil erstellt, das über die Fähigkeiten, Qualifikationen und Berufswünsche der oder des Betroffenen Auskunft gibt. Die Flüchtlinge werden bei ihren Bewerbungen unterstützt und erhalten Hilfe für die Bewältigung der administrativen Hürden. „Schätzungsweise zwei Drittel der Teilnehmer

Weitere Projektinformationen im Internet:

Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge (AZF II): <http://azf2.de/>

NetwIn – Netzwerk Integration – Osnabrück: <http://esf-netwin.de/>

FairBleib Südniedersachsen: <http://www.ifak-goettingen.de/index.php/migration-und-bildung/fairbleib>

konnten wir erfolgreich in Arbeit oder Ausbildung bringen“, sagt Olaf Strübing, der beim Flüchtlingsrat Niedersachsen für die Koordination des Projektes zuständig ist.

Teilnehmen können alle, die über einen sogenannten nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt verfügen und keinem Arbeitsverbot – beispielsweise wegen Nichtmitwirkung bei der Beschaffung eines Passes – unterliegen. Das heißt: Bevor ein geduldeter Flüchtling oder ein Asylbewerber eine Arbeit aufnehmen kann, wird zunächst geprüft, ob ein deutscher Staatsbürger, ein EU-Angehöriger oder ein anerkannter

Asylbewerber für die Arbeitsstelle in Betracht kommt. Ist das der Fall, hat der Bewerber mit prekärem Aufenthaltsstatus das Nachsehen. Vorrangprüfung heißt dieses Verfahren, dem der Flüchtling bis zum 15. Monat seines Aufenthalts in Deutschland unterliegt. Darüber hinaus müssen die Befördernden bis zum 48. Monat ihres Aufenthalts eine sogenannte Arbeitsbedingungsprüfung in Kauf nehmen. Gecheckt wird, ob der ortsübliche Lohn beziehungsweise der Tariflohn oder Mindestlohn gezahlt wird und ob der Arbeitsplatz sozialen und Sicherheitsstandards unterliegt. Genügt er diesen Standards nicht, kann die Arbeitserlaubnis verweigert werden.

Gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt

Alle Flüchtlinge, die in das Projekt AFZ II aufgenommen werden, können erst einmal für ein halbes Jahr Deutsch lernen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die anfallenden Kosten werden aus Projektmitteln bestritten. Keine Selbstverständlichkeit! Denn ein Recht auf die Teilnahme an einem Integrationskurs mit intensivem Deutschunterricht haben nur anerkannte Asylbewerber. „Das muss geändert wer-

den“, sagt Olaf Strübing: „Wir fordern die Öffnung der Integrationskurse auch für Geduldete und Asylbewerber.“ Neben AZF II gibt es in Niedersachsen zwei weitere Projekte zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: NetwIn in Osnabrück und FairBleib in Göttingen. Bundesweit existieren 28 derartige Beschäftigungsinitiativen. Gemeinsam hat man bereits einiges erreicht. Trotz-

dem unterliegen Flüchtlinge mit prekärem Aufenthaltsstatus immer noch einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Olaf Strübing unterstreicht vor diesem Hintergrund die Forderung der Flüchtlingsverbände: „Geduldete Flüchtlinge und Asylbewerber müssen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben!“ **ab**

Impressum

Gefördert durch:
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

NETZ, Fössestraße 67, 30451 Hannover, Fon: 0511 2102067, gleitzek@gmx.de
Herausgeber: Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und Achim Beinse (ab), Klaus-Dieter Gleitze (kdg) (V. i. S. d. P.), Hermann Sievers (hs).
Internet: www.Landesarmutskonferenz-Niedersachsen.de
Druckauflage: 10.000 Exemplare
Redaktionsschluss 15. Mai 2015
Die Übernahme der Texte und Bilder der NETZ bedarf der schriftlichen Einwilligung der Herausgeber. Texte, die nicht von den Herausgebern stammen, geben nicht unbedingt deren Meinung wieder. Die NETZ dankt allen Autoren, Fotografen, Cartoonisten und Unterstützern, die uns bei dieser Ausgabe geholfen haben.
Diese Ausgabe wurde finanziert von: Diakonie in Niedersachsen, Caritas Diözese Hildesheim, ver.di Niedersachsen sowie LAG Freie Wohlfahrtspflege. Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wird vom Land Niedersachsen gefördert.
Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.
Herstellung: argus print media Verlag (UG), Deisterstraße 61, Hannover-Linden
Telefon 0511 / 1234 116
redaktion@lindenspiegel.eu
Druck: Druckzentrum Braunschweig

argus print media Ltd®